

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Laurenz Meyer (Hamm), Eckhardt Rehberg, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU**

**sowie der Abgeordneten Dr. Margrit Wetzel, Garrelt Duin, Dr. Rainer Wend, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**

**– Drucksache 16/4423 –**

### **Maritime Wirtschaft in Deutschland stärken**

#### **A. Problem**

Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine internationale technologische und logistische Führungsrolle der deutschen maritimen Wirtschaft unter marktwirtschaftlichen Bedingungen, Zurückdrängung staatlicher Einflussnahme globaler Wettbewerber, Weiterentwicklung der maritimen Strategie als Bestandteil der Gesamtstrategie für Wachstum und Beschäftigung; wirtschafts-, ausbildungs-, beschäftigungs-, verkehrs- und umweltpolitische Einzelmaßnahmen in den Bereichen Schifffahrt, Häfen, Schiffbau, Meeresforschung, Meerestechnik, Offshore-Windenergie, Seeverkehrssicherheit und Meeresumweltschutz.

#### **B. Lösung**

**Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/4423 anzunehmen.

Berlin, den 9. Mai 2007

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Edelgard Bulmahn**  
Vorsitzende

**Patrick Döring**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Patrick Döring

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/4423** wurde in der 85. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. März 2007 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Nach Auffassung der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD soll die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für die maritime Wirtschaft in Deutschland so gestalten, dass diese ihre technologische und logistische Führungsrolle international ausspielen kann. Staatliche Einflussnahmen globaler Wettbewerber müssten zurückgedrängt und ausgeglichen werden. Die Abgeordneten treten unter anderem dafür ein, dass der Kostennachteil von Schiffen unter deutscher Flagge im Vergleich zu Schiffen unter fremder Flagge zumindest zu zwei Dritteln ausgeglichen wird. Zudem solle eine Imagekampagne für seemännische Berufe gemeinsam von Bund, Ländern, Gewerkschaften, Reedern und der Agentur für Arbeit ins Leben gerufen werden. Die deutsche Handelsflotte stehe nach der Nationalität der Eigner weltweit an dritter, nach der Zahl der Containerschiffe und bei deren Vermarktung sogar weltweit an erster Stelle. Große Bedeutung hätten auch die deutschen Häfen als logistische Dienstleistungszentren und Industriestandorte. Wie in den Vorjahren habe sich auch 2005 der Seegüterumschlag mit 285 Tonnen mit einem Plus von 4,8 Prozent weiter erhöht. Realistisch sei, dass sich der Containerumschlag bis 2015 verdoppelt. Mit 2,7 Millionen Beschäftigten sei die Logistik eine der wichtigsten Schlüsselbranchen. Rund 300 000 Arbeitsplätze seien davon direkt und indirekt abhängig. Die Bundesregierung soll die Anbindungen der Seehäfen an das Hinterland und die Zufahrten von Seeseite her zügig ausbauen und dabei alternative Finanzierungsmöglichkeiten in Betracht ziehen. Auch der geplante Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals müsse so schnell wie möglich angegangen werden. Beim Schiffbau stehe Deutschland den Angaben zufolge an vierter Position weltweit. Die Umsätze deutscher Werften hätten sich 2005 auf 6,1 Mrd. Euro belaufen. Auf deutschen Werften seien etwa 23 000 Arbeitnehmer unmittelbar beschäftigt, zusätzlich seien 6 000 bis 7 000 Leiharbeitskräfte dauerhaft dort tätig. Insgesamt seien im Schiffbau sowie in den Zuliefererbetrieben mehr als 100 000 Mitarbeiter beschäftigt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für faire internationale Wettbewerbsbedingungen ohne staatliche Subventionen und wettbewerbsverfälschende Einflussnahme einzusetzen. Darüber hinaus soll die Regierung die Meeresforschung und Meerestechnik fördern und sich für den Ausbau von Off-

shore-Windparks vor der Küste einsetzen. Schließlich müssten die Einrichtung und Erprobung eines maritimen Sicherheitszentrums in Cuxhaven zügig vorangebracht werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/4423 verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 41. Sitzung am 9. Mai 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage in seiner 39. Sitzung am 9. Mai 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 59. Sitzung am 9. Mai 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage in seiner 44. Sitzung am 9. Mai 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage in seiner 50. Sitzung am 9. Mai 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage in seiner 46. Sitzung am 9. Mai 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage in seiner 38. Sitzung am 9. Mai 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 34. Sitzung am 9. Mai 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 33. Sitzung am 9. Mai 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der

Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 33. Sitzung am 9. Mai 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 43. Sitzung am 9. Mai 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss**

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/4423 in seiner 37. Sitzung am 9. Mai 2007 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags auf Drucksache 16/4423 zu empfehlen.

Berlin, den 9. Mai 2007

**Patrick Döring**  
Berichterstatter